

# IReflect – Student Journal of International Relations



[www.ireflect-journal.de](http://www.ireflect-journal.de)

---

## Die Genese der Ukraine-Krise: Neorealismus und Theorie der sozialen Identität im Vergleich IVAN SAMOLOVOV

*IReflect* – Student Journal of International Relations 2016,  
Vol. 3 (1), pp 49-66

---

Published by



IB an der Spree

Additional information can be found at:

Website: [www.ireflect-journal.de](http://www.ireflect-journal.de)

E-Mail: [board@ireflect-journal.de](mailto:board@ireflect-journal.de)

Website: [www.ibanderspree.de](http://www.ibanderspree.de)

E-Mail: [vorstand@ibanderspree.de](mailto:vorstand@ibanderspree.de)

Berlin, März 2016



# **Die Genese der Ukraine-Krise: Neorealismus und Theorie der sozialen Identität im Vergleich**

*Ivan Samolovov*

---

## **Abstract**

Im Zuge des Ukraine-Konflikts haben Kommentatoren sowohl Russland als auch den Westen kritisiert. Letzterem werden eine naive Expansionspolitik und das Ignorieren der berechtigten Sorgen der Russen zugeschrieben. Dieser Artikel versucht nahezulegen, dass sowohl die sogenannten Russland-Versteher, als auch Russland-Kritiker nicht nur einfach ihren politischen Verpflichtungen gerecht werden wollen, sondern sich auch bestimmter Ontologien oder Weltbilder bedienen, die auf unterschiedliche Antworten ‚vorprogrammiert‘ sind. Die Untersuchung der beiden Denkmuster, welche sich auf den Neorealismus und die Theorie der sozialen Identität stützen, trägt zum einen zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten bei und ermöglicht zum anderen eine ausgewogenere Analyse der Krise.

*Keywords:* Ukraine-Konflikt, Neorealismus, Social Identity Theory, Ontologie, Russland-Versteher

## **Einführung**

Russlands verdeckte Invasion der Krim und die Unterstützung von Separatisten in der Ostukraine können nicht einfach als völkerrechtswidrige Aktionen (wie zum Beispiel die Eroberung von Kuwait durch den Irak 1990) beschrieben werden. Zwar ist die Liste der Verträge und Abkommen – darunter die UN-Charta, Helsinki-Akte und das Memorandum von Budapest, dessen Bruch auch teilweise das Nichtverbreitungsregime untergräbt – kaum überschaubar, dennoch sticht eine Beobachtung bei der Berichterstattung über die Krise hervor: Verschiedene Kommentatoren scheinen sich über die Ursachen des Konflikts uneinig zu sein. Während die eine Seite Russland beschuldigt, klagt die andere wiederum den Westen an. Es liegt nahe, dass diese Uneinig-

keit nicht direkt aus der Faktenlage, sondern aus unterschiedlichen Wahrnehmungen resultiert.

Allgemein kann man feststellen, dass verschiedene Erklärungen oft auf unterschiedlichen Ontologien, das heißt Konzeptualisierungen des Problems, beruhen. Wenngleich die sogenannten Russland-Versteher den Westen vielmehr aus Eigeninteresse kritisieren dürften, sind ihre Aussagen nicht ohne Grund entstanden. Vielmehr liegen ihnen bestimmte Weltbilder zugrunde, nämlich unterschiedliche Vorstellungen davon, wer die Akteure in der internationalen Politik sind und was ihr Handeln bestimmt.

Je nach Weltbild kann die Frage, warum Putins Russland die gegenwärtige Sicherheitsordnung in Frage stellt, unterschiedlich beantwortet werden. Einige der gängigen Erklärungen für die Krise sind:

- Der Westen<sup>1</sup> hat Russland provoziert;
- Die empfundene Bedrohung durch die NATO-Osterweiterung hat Russland zu harschen Aktionen gezwungen;
- Bei der Annexion der Krim hat Russland es dem Westen mit derselben Münze für den Kosovo und den Irak zurückgezahlt;
- Die Russische Aggression ist die Antwort auf die Widerwilligkeit des Westens Russland als gleichberechtigten Partner anzuerkennen und eine von ihm gewünschte Stellung in der globalen Hierarchie anzubieten;
- Russland hat die Krim annektiert um seinen Großmachtstatus zu konsolidieren.

Während die ersten zwei Erklärungen Russlands Vorgehen als logische Konsequenz des westlichen Expansionsdrangs sehen und in ihrer ontologischen Ausgestaltung materialistisch geprägt sind, vermuten die anderen hinter russischer Aggression psychologische und identitäre Probleme, deren Lösung nicht in der Hand des Westens lag, und bedienen sich einer idealistischen Ontologie. Es liegt nahe, dass sich für die materialistische Ontologie der Neorealismus und für die idealistische Ontologie die Theorie der sozialen Identität zur Analyse anbieten. Neorealisten argumentieren, dass Staaten im internationalen System in Unsicherheit leben, defensive Maßnahmen der anderen nicht selten als direkte Bedrohung interpretieren und die Einmischung im eigenen Hinterhof nicht tolerieren. Die Theorie der sozialen Identität hält hingegen die Zwänge des internationalen Systems nicht für entscheidend. Vielmehr resultieren bestimmte Handlungen aus Ressentiments in Bezug auf den Ausschluss aus einer Wir-Gruppe. Im Folgenden werden zunächst der jeweilige Ansatz und das daraus hervorgehende Bild des Ukraine-Konflikts getrennt vorgestellt, um anschließend beide Erklärungen in einer gemischten Ontologie zu kombinieren.

---

<sup>1</sup> Unter diesem Sammelbegriff sind hier und im Folgenden die EU- und NATO-Länder gemeint.

## **Die materialistische Ontologie und die Krise**

### *Neorealismus: Anarchie, Angst und Sicherheit*

Zu den materialistisch-individualistischen Erklärungen zählen vor allem der Neorealismus und der Neoliberalismus. Realisten wie Liberale gehen von der Prämisse aus, dass Staaten die primären Akteure in den Internationalen Beziehungen sind und „egoistische Wertmaximierer“ sind (Baldwin 1993: 9). Staaten besitzen Souveränität und somit unterscheidet sich das internationale System von der internen Verfasstheit von Staaten. Während letztere hierarchisch organisiert sind, gibt es in der internationalen Politik „keine Instanz, die die Gewaltanwendung effektiv unterbinden kann“ (Waltz 1959: 205). Anarchie ist die Ausgangslage, in der sich die Staaten befinden. In so einer Situation spielen Motive, Intentionen oder ideologische Vorstellungen von Staatsmännern und -frauen eine bedingte Rolle. Vielmehr sind Akteure zwei strukturellen Effekten unterworfen – Sozialisierung (man ahmt das Verhalten von anderen nach) und Wettbewerb (Waltz 1979: 74). Außerdem besitzt jeder Staat offensives militärisches Potential, von dem manche mehr, manche weniger haben, und das in einer Situation, wo kein Akteur sich über die Intentionen des Anderen sicher sein kann. So ist das primäre Ziel eines jeden das banale Überleben, was nicht bedeutet, dass Staaten keine anderen Ziele verfolgen (zum Beispiel Kooperation). Es bedeutet aber, dass die Existenzsicherung das Verfolgen anderer Ziele wie Wohlstand erst ermöglicht (Mearsheimer 2014a: 30-31).

Liberale Ansätze teilen im Großen und Ganzen die ontologischen Prämissen der Realisten (Anarchie, Rationalität, Staaten als einheitliche Akteure) (Grieco 1988: 486). Die Unterschiede betreffen vor allem die Effekte der Interaktion, das heißt die Lösung des Gefangenendilemmas. Während Realisten behaupten, dass Staaten in Anarchie aufgrund der Unsicherheit und Angst auf Selbsthilfe angewiesen sind, und daher Nullsummenspiele und die Suche nach relativen Gewinnen unterstreichen, betonen Liberale die Rolle von Institutionen in der Vertrauensbildung und die Möglichkeit, dass Akteure langfristige Kooperationen eingehen und das Pareto-Optimum erreichen (Keohane 1984: 245). Es lohnt sich im Folgenden die neorealistische Perspektive genauer zu betrachten, da diese häufig in Diskussionen über Sicherheit vorherrscht.

Stephen Walt hat in seinem Buch „The Origins of Alliances“ nahegelegt, dass sich Staaten bei der Suche nach einem Gleichgewicht nicht immer an Machtmitteln orientieren. Entscheidend ist oft die wahrgenommene Bedrohung (Walt 1987: 5). Diese Annahme erhebt den Anspruch zu erklären, weshalb schwächere Staaten nicht gegen den stärksten Staat (mit Blick auf seine aggregierte Macht – Bevölkerung, Angriffspotential, Militärausgaben) eine Koalition bilden, obwohl dies in ihrem Interesse sein sollte. Dies wiederum hat weitreichende Implikationen für den dominanten Staat (in diesem Fall

die USA). Dieser soll einerseits auf die Wünsche der Status-Quo-Mächte eingehen, ihnen Sicherheit garantieren und nicht versuchen die bestehende Ordnung herauszufordern. Auf der anderen Seite ist der Hegemon gut beraten, „unentschlossene“ Akteure mit einem Gewinn für diese in die Ordnung zu integrieren, um Schritte zur Destabilisierung von dieser Seite zu verhindern. Wenn doch ein revisionistischer Staat aufkommt, werden vom Hegemon diplomatische wie militärische Allianzen gegen den Unruhestifter geschmiedet (Mastanduno 1997: 62).

Im Folgenden werden drei Fallbeispiele erörtert – die NATO-Osterweiterung, die Raketenabwehr und Demokratisierungsstrategien im post-sowjetischen Raum, die von Moskau als Aggression empfunden wurden. Diese sollen die realistischen Hypothesen bestätigen oder widerlegen.

### *Russland und seine Ängste*

#### NATO-Osterweiterung

Der Beschluss der NATO vom Januar 1994 künftige die Länder der sogenannten Visegrad-Gruppe in die Allianz aufzunehmen ist erwartungsgemäß auf vehemente russische Opposition gestoßen. Die russische Führung war sich offensichtlich bewusst, dass die Integration der Länder Mittel- und Osteuropas – die baltischen Staaten eingeschlossen – in den Westen nicht zu stoppen war (Lieven 1995: 197) und deswegen war es auch dem damaligen Duma-Abgeordneten Alexej Arbatow zufolge nicht so wichtig, ob die Erweiterung eine Bedrohung für Russland darstelle (Arbatov 1996: 104). Selbst Außenminister Primakow hat damals anerkannt, dass die Erweiterung der NATO ein psychologisches und kein militärisches Problem sei (Tsygankov 2013: 106). Daraus ergibt sich zweierlei: Erstens kann die oben vorgestellte *Balance-of-threat*-Theorie erklären, wieso die Länder der Visegrad-Gruppe die Sicherheitsgarantien in der NATO suchten. Bei diesen Ländern handelt es sich nämlich um die Länder, die im Rahmen des Warschauer Pakts von der sowjetischen Macht ideologisch wie militärisch dominiert wurden und deshalb dem post-kommunistischen Moskau misstrauten. Hier scheint Mastanduno die Logik des *Balancing* gegen Bedrohung falsch interpretiert zu haben, wenn er sagt, dass die NATO-Osterweiterung eher eine „Anomalie“ darstellt (Mastanduno 1997: 70). Einerseits fühlten sich die Beitrittskandidaten nämlich durch Russland bedroht, das sich früher oder später vom Rückschlag erholen sollte. Andererseits stellte für die alten NATO-Mitglieder Russland zwar keine Gefahr mehr dar, jedoch hatte die Erweiterung nicht primär Russland im Visier, sondern auch die Aufgabe einer dauerhaften Befriedung Europas (Reiter 2001: 41).

Zweitens stößt der Neorealismus bei der russischen Reaktion auf die erste Erweiterungsphase der Allianz entschieden an seine Grenzen. Die aggregierte Macht hat sich nicht zugunsten des Kremls verschoben und die NATO-

Länder haben keine offensiven Intentionen verfolgt, sondern sich zum offenen Dialog und der Einbindung Russlands in das Bündnis bereit gezeigt. Mit diesem Ziel wurde im Mai 1997 die sogenannte Grundakte unterzeichnet, die den NATO-Russland-Rat ins Leben gerufen hat: Russland sollte ein Zugehörigkeitsgefühl vermittelt und eine Stimme in der Allianz gegeben werden. Außerdem wurde für Russlands eventuellen Beitritt zur NATO „die Tür geöffnet“ (Haglund 1999: 11).

Ungeachtet der Erfolge dieser Doppelstrategie gegenüber Russland müssen die NATO-Strategen gewusst haben, dass es „rote Linien“ gibt, bei deren Übertritt das Prinzip der freien Bündniswahl von Russland unter keinen Umständen toleriert werden würde. Allerdings bedeutete dies eine implizite Anerkennung der Einflussphären in Europa nach dem Kalten Krieg bedeutete, zumal die Option des russischen NATO-Beitritts, die früher ein Bestandteil des NATO-Russland-Pfeilers war, „spätestens seit der zweiten Amtszeit Putins und seiner Abwendung vom Westen“ vom Tisch war (Ischinger 2014: 20). Mit der Verringerung der Anbindungschancen für Russland war die weitere NATO-Expansion besonders mit Blick auf die Ukraine strategisch nicht klug.

Auf Druck der westeuropäischen Mitglieder – allen voran Frankreich und Deutschland – hat man auf dem NATO-Gipfel in Bukarest einen Kompromiss erreicht: „Die Allianz stellte Georgien und der Ukraine eine Mitgliedschaft in Aussicht, nannte aber kein Datum für die Aufnahme in das Vorbereitungsprogramm“ (Dembinski et al. 2014: 15). Das war für Russland offensichtlich keine ausreichende Rückversicherung, wurde doch im Land selbst angenommen, dass eine Assoziierung mit der EU „eine Vorstufe zur Mitgliedschaft in der EU und damit der direkte Weg zur NATO“ sei (Ischinger 2014: 21). Die Ermahnungen und sogar Drohungen aus Moskau können aus realistischer Perspektive folgendermaßen erklärt werden: Keine Großmacht toleriert die Präsenz einer anderen Großmacht in ihrem Hinterhof. „Stellt euch die Empörung in Washington vor, wenn China ein beeindruckendes Militärbündnis bildete und Kanada und Mexiko einzuschließen suchte“ (Mearsheimer 2014b: 82). Die Entweder-Oder-Politik der Europäischen Kommission während der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, mit dem Verweis auf die Inkompatibilität der EU-Regelungen mit denen der von Russland angestrebten Zollunion, dürfte die „Einkreisungsängste“ in Moskau nur bekräftigt haben.

### Raketenabwehr

Während des Kalten Krieges hatten der Westen und die Sowjetunion auf die Entwicklung der Raketenabwehr verzichtet, damit keine Partei den Anreiz hat, von der Option des nuklearen Erstschlags Gebrauch zu machen. Die Möglichkeit eines oder mehrerer Vergeltungsschläge sollte einen nuklearen Schlagabtausch sinnlos machen und diesem vorbeugen. Die Verkörperung

dieser Politik war der ABM-Vertrag (*Anti-Ballistic Missile Treaty*) aus dem Jahr 1972, der für das Gleichgewicht der nuklearen Kräfte sorgte. Jeder Versuch, dieses Kräfteverhältnis aus dem Gleichgewicht zu bringen – so das Argument der Realisten – verursacht Ängste und verschärft das Sicherheitsdilemma: Eine Situation, in welcher defensive Maßnahmen vom Staat A den Staat B verunsichern und in einen „Teufelskreis der Sicherheits- und Machtakkumulation“ münden (Herz 1950: 157).

Deswegen waren die einseitige Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA und das Vortreiben der NATO-Raketenabwehr ein strategischer Faux-pas, weil die russische Seite das Abschreckungspotential ihrer Zweitschlagkapazität gefährdet sah. „Wer braucht eine neue Spirale des unvermeidbaren Rüstungswettlaufs?“, fragte der russische Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 (Putin 2007). Die Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation von 2009 verkündete, dass die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der globalen und regionalen Sicherheitsarchitektur sich erheblich verringern könnten, sollten die USA ihre Pläne umsetzen, Elemente der Raketenabwehr in Europa zu stationieren (Medwedew 2009). Besonders die dritte und die vierte Phase des *European Phased Adaptive Approach*, die unter anderem die Stationierung von Abfangraketen mit größerer Reichweite vorsehen, stießen in Moskau auf schärfste Kritik als Unterminierung der russischen strategischen Nuklearkräfte, auf die Russland mit Gegenmaßnahmen reagieren müsse (Thränert 2011: 23).

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Putin den USA vorschlug, die Warnsysteme in Aserbaidshan und in Russland gegen mögliche Bedrohungen aus dem Iran zu verwenden (Thränert 2011: 25). Daraus resultierte zweierlei: Zum einen könnten die Radare den Start der russischen Interkontinentalraketen nicht so schnell registrieren und verfolgen. Zum anderen wären die Interzeptoren zu weit von den russischen Silos entfernt, um eine Interkontinentalrakete treffen zu können (Lewis/Postol 2007). Mit anderen Worten wäre der ausreichende Schutz gegen die iranische Bedrohung gewährleistet bei gleichzeitiger Sicherung der russischen Zweitschlagkapazität. Die Weigerung der USA dieses Angebot anzunehmen dürfte Russland in seiner Wahrnehmung – die NATO-Raketenabwehr habe unter anderem Russland im Visier – bestätigt haben.

### Demokratisierung und Farbrevolutionen

In der außenpolitischen Konzeption Russlands von 2013 wird die steigende Rolle der *soft power* anerkannt. Gleichwohl wird die „zersetzende“ und „rechtswidrige“ Kraft der „weichen Macht“ betont, namentlich „politischer Druck auf souveräne Staaten, Einmischung in deren innere Angelegenheiten, Destabilisierung der dortigen Lage, Manipulation der öffentlichen Meinung und Bewusstseins, unter anderem im Rahmen der Finanzierung von Bildungs- und Menschenrechtsprojekten im Ausland“ (Putin 2013). Die Farbrev-

volutionen und die Massenproteste in Moskau und in anderen russischen Großstädten Ende 2011 werden hier nicht explizit benannt, dennoch sind mit Bildungs- und Menschenrechtsprojekten offensichtlich zahlreiche NGOs gemeint, die zum Teil durch internationale Programme wie *United States Agency for International Development* finanziert werden und eine zentrale Rolle bei der Aufdeckung der großzügigen Wahlmanipulationen in der Ukraine oder auch in Russland und bei der Mobilisierung des Protestpotentials gespielt haben.

Was man im Kreml unter der „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ eines souveränen Staates versteht, hat der russische Menschenrechtsbeauftragte Konstantin Dolgow im Falle des ukrainischen Maidan folgendermaßen formuliert: „Als Vertreter einer Reihe von westlichen Staaten – in der EU und den USA – und zwar sowohl der legislativen, als auch der exekutiven Macht, auf dem Maidan sprachen sowie sich in ihren Metropolen äußerten und dabei das ukrainische Volk zu einem Kampf um die sogenannte ‚europäische Herausforderung‘ aufriefen, das heißt, faktisch zur weiteren Konfrontation und zu deren Vertiefung, so kann das natürlich nicht anders als eine unverhüllte Einmischung in die inneren Angelegenheiten angesehen werden“ (Dolgow 2014). Das legt die Vermutung nahe, dass die Bemühungen des Westens Demokratie und eigene Werte im russischen „Hinterhof“ zu verbreiten und die Nachbarländer gegen das nicht-demokratische Russland zu wenden, in der Wahrnehmung Moskaus resultierten, dass Russland bald darauf folgen könne (Mearsheimer 2014b: 80).

### *Diskussion*

Die bisherige Analyse hat die realistischen Annahmen zum Teil bestätigt: Russland sah in der NATO-Osterweiterung, der Raketenabwehr und Demokratisierungstendenzen im post-sowjetischen Raum eine Bedrohung. Die westliche Expansion soll das Gleichgewicht der Kräfte zu Gunsten des Westens verschoben haben und Russland hat lediglich die von ihm für sich beanspruchte Einflussphäre wahren wollen. Das wirkt auf den ersten Blick plausibel. Wenn man aber auf die Militärausgaben der wichtigsten NATO-Länder schaut, wird die Sache komplizierter. Im Zeitraum zwischen 2004 und 2013 sind die Ausgaben von Frankreich und Großbritannien 6,4 beziehungsweise 2,5 Prozent gesunken. Das Militärbudget der USA ist lediglich um 12 Prozent gewachsen – man denke hier an die Einsätze in Afghanistan und im Irak – das deutsche um 3,8 Prozent. Russland hat währenddessen seine Militärausgaben verdoppelt (SIPRI 2015). Wäre Russlands Aufrüstung parallel zur und als Reaktion auf eine westliche Aufrüstung verlaufen, müsste man von einem Sicherheitsdilemma sprechen.

Wahrscheinlich befürchtete der Kreml, dass in der Ukraine – sollte diese jemals NATO-Mitglied werden – NATO-Truppen oder auch Elemente der Raketenabwehr perspektivisch stationiert würden. Dagegen spricht aber die



Tatsache, dass es keine ständigen NATO-Truppen in den osteuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten gibt und die Frühwarnsysteme und Interzeptoren zum Teil ins Mittelmeer verlagert wurden. Die Argumentation, der Westen wolle das russische politische System unterminieren, stimmt mit Blick darauf, dass die russische Elite um jeden Preis ihre Macht erhalten will, kann aber nicht hinreichend erklären, wieso Demokratisierung vor und am Anfang auch unter Putin nicht als Bedrohung empfunden wurde. Aggressives und revisionistisches Verhalten resultiert nicht immer aus einer wie auch immer empfundenen Bedrohung und Unsicherheit. Emotionen und Irrationalität können das Handeln auch beeinflussen. Sie entgehen aber der Aufmerksamkeit der „grand theories“.

## **Die idealistische Ontologie und die Krise**

### *Die Theorie der sozialen Identität*

Die identitätsbezogenen Theorien unterstreichen relationale Aspekte in internationalen Beziehungen. Dies impliziert, dass die Akteure nicht nur um Macht und Gewinn, also materielle Ressourcen, streiten. Sie können auch ihre Wettbewerbsbemühungen drosseln und die Gegenmachtbildung nicht oder nur mäßig verfolgen. Im Gegenzug erwarten sie eine Verleihung von Statussymbolen (Larson & Shevchenko 2010: 67) wie zum Beispiel die Anerkennung als Großmacht. Diese Erwartungen haben konkrete Implikationen für westliche Staaten und vor allem die USA als die stärkste Nation.

Auf der einen Seite ist eine bedingungslose Integration Russlands in die westliche Gemeinschaft schwer vorstellbar, da Russland zwar seine europäischen Wurzeln anerkennt, seine Besonderheit und Unterschiede zum Westen jedoch betont. Auf der anderen Seite sind die USA an der Kooperation mit Russland und an dessen Akzeptanz der amerikanischen Führung interessiert. Die Theorie der sozialen Identität geht davon aus, dass die Staaten in der internationalen Gesellschaft ähnlich den Individuen in sozialen Gruppen sind. Genauso wie Individuen ihre Erfolge und Qualitäten an denen der in ihrer Wahrnehmung Besseren und Stärkeren messen, beurteilen Staaten sich selbst in Bezug auf das „Vorbild“ (Larson & Shevchenko 2010: 68).

Larson und Shevchenko benennen drei Strategien, die von einem *status seeker* verfolgt werden können: Soziale Mobilität, sozialer Wettbewerb und soziale Kreativität. Der Erfolg der ersten Strategie hängt von der „Durchlässigkeit“ der relevanten Gruppe ab. Gelingt es dem „Gruppenneuling“ nicht, die Werte und Normen einer Gruppe vollständig zu verinnerlichen, wird er von der Gruppe abgewiesen oder zumindest nicht als gleich behandelt. Dies könnte den Staat zwingen, sich auf einen Wettbewerb mit der Referenzgruppe einzulassen, in Form von Rivalität um Einflussphären oder sogar Rüstungswettläufen. Wenn die Legitimität und Stabilität des Hegemons und der globalen Hierarchie nicht erschüttert werden, sucht der Staat neue Wege für

die Anerkennung, zum Beispiel Betonung der eigenen Werte oder Engagement für alternative internationale Normen (Larson & Shevchenko 2010: 73–76).

Zum einen ist die Annahme über die äußere Anerkennung durch den Anderen zwar valide – Russland zeigte sich immerhin mehrmals mit seiner Behandlung durch den Westen unzufrieden. Die Erklärung kann aber auch um interne Faktoren ergänzt werden wie zum Beispiel „Selbstachtung“ (Clunan 2014) oder „nationale Ehre“ (Tsygankov 2014). Ein Beispiel: Das Problem der sogenannten „liberalen Internationalisten“ um Außenminister Kosirew, der sich der Möglichkeit der neuen konservativen Wende bewusst war (Kozyrev 1992: 5), war nicht die desaströse Reformpolitik für die russische Wirtschaft – die „Schocktherapie“ – oder eine empfundene Bedrohung aus dem deutlich stärkeren Westen, vielmehr konnte die neue außenpolitische Rolle Russlands als Juniorpartner („Schüler“, „Student“) des Westens die interne „Validierung“ durch die politischen Eliten nicht erlangen (Clunan 2014: 284).

Den „Westernisierern“ ist misslungen, die politischen Eliten zu überzeugen, dass auf den historischen Status Russlands als Großmacht ausreichend Wert gelegt wird. Als neues Mitglied im „demokratischen Klub“ musste Russland nach Kosirew mit dem Verweis auf die deutsche und japanische Erfahrung sich „seine Sporen verdienen“. Für Kosirews Gegner war es gerade der Status Japans und Deutschlands in der westlichen Gemeinschaft, der für die Großmacht Russland inakzeptabel war (Clunan 2014: 285).

Arbatov verweist darauf, dass im Herbst 1992 die Außenpolitik zum wichtigsten Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzungen wurde (Arbatov 1993: 24). Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass Russland vor grundlegenden innenpolitischen Problemen stand: Desintegration, Übergang zur Demokratie und Marktwirtschaft und Verfassungskrise. Einseitige Zugeständnisse, die „Diplomatie des Lächelns“ bzw. die „Ja-Politik“ haben zweifellos den Erniedrigungsdiskurs bestärkt und waren „schädlich für Russlands Prestige und seine ökonomischen, politischen und Sicherheitsinteressen“ (Arbatov 1993: 23). Die Jelzin-Regierung musste daraufhin ihre nach dem Westen ausgerichtete Außenpolitik überprüfen, um radikalen Nationalisten und Neo-Kommunisten ihre Trümpfe zu nehmen.

Tsygankov hat die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland beschrieben und versucht, einen allgemeinen Trend herauszulesen. Aus seiner Sicht stellen diese Beziehungen einen Kreislauf dar: Hoffnung – Frustration – Angst und Zorn – Hoffnung. In welcher Phase die Beziehungen Russlands zum Westen sind, hängt von der russischen Wahrnehmung ab, ob und inwieweit die „Ehre“ Russlands respektiert wird. Grundlegend für solche Wahrnehmungen ist die „tiefe emotionale Verbindung mit dem Westen“, die Vorstellung von Russland als dem „signifikanten Anderen“ der westlichen Zivilisation (Tsygankov 2014: 346).

Nun gilt es, anhand des Gesagten die Implikationen der *Social Identity Theory* zu diskutieren. Eine erste Implikation hat mit der Genese der Krise zu tun, in der die Münchener Rede von Präsident Putin eine symbolische Zäsur markiert. Neben der erwähnten Kritik an der NATO-Raketenabwehr, hat Putin bemängelt, dass man Russland Demokratie „beibringen“ will, auf die „Garantien“ der NATO von 1990 nicht geachtet wird und die OSZE zum Instrument der Durchsetzung von außenpolitischen Interessen einer Staatengruppe wird.

Gleichwohl hat Putin versichert, dass Russland zur Zusammenarbeit im Nichtverbreitungsregime mit den „amerikanischen Partnern und Freunden“ bereit ist, weil es Russland und die Vereinigten Staaten sind, die das größte Nuklearpotential besitzen (Putin 2007).

Auffällig ist, dass die Politikfelder kritisiert werden, in denen Russland dem Westen deutlich unterlegen ist – Rechtsstaatlichkeit, *soft power*, Nachbarschafts- und Bündnispolitik und Raketenabwehrpotential. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die russische Führung auf Probleme konzentrieren wollte, bei denen sie auf Augenhöhe mit den „amerikanischen Freunden“ reden konnte – Obama hat mit seiner *Reset*-Politik diesen impliziten Wunsch der Russen richtig erkannt.

Auf der anderen Seite sollten Probleme ausgeklammert werden, die Russlands Schwächen offenbaren und den russischen Großmachtdiskurs untermauern. Sie wurden dann als „unipolare Ansprüche“ des Westens verkauft. Der Krieg in Georgien und die Anerkennung der abtrünnigen Republiken Südossetien und Abchasien wurde von russischen Diplomaten mit dem Verweis auf das Kosovo begründet (Larson & Shevchenko 2014: 274). Russland hat gegen die Sezession dieses Gebiets von Serbien protestiert. In diesem Sinne ist die Anerkennung von Südossetien und Abchasien als Revanche zu deuten. Der russische Außenpolitikexperte Fjodor Lukjanow hat 2012 in Bezug auf die Syrien-Krise geschrieben: „Wenn russische Diplomaten, indem sie auf die heftige Kritik der westlichen und arabischen Vertreter reagieren, immer wieder beteuern, dass sie Bashar al-Assad nicht beschützen, lügen sie nicht. [...] Es geht Moskau um etwas anderes – die Anerkennung der Tatsache, dass kein beachtenswertes internationales Problem ohne russische Mitwirkung gelöst werden kann, und diese Mitwirkung nicht so einfach zu haben ist“ (Lukyanov 2012).

Eine zweite Implikation betrifft den Verlauf der aktuellen Krise. Die für den November 2013 geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine war eine ernüchternde Bilanz für Putins Prestige-Projekt namens Eurasische Union. Somit ist Russland auch daran gescheitert, sich als eine regionale Integrationsalternative zu profilieren. Die Sanktionen, die mit dem Ziel verhängt wurden, Verhaltensveränderungen vonseiten Russlands zu erzwingen, scheinen bis dahin das Kosten-Nutzen-Kalkül im Kreml nicht beeinflusst zu haben. Auch wenn die russische Füh-

rung sich der negativen Wirkung der Sanktionen bewusst ist, wäre das Einknicken als Schwäche zu deuten. Denn es geht nicht nur um kurzfristige Kosten und Nutzen, sondern auch um das langfristige Interesse an der eigenen Reputation als Unterhändler (Drezner 1999: 4).

Die russischen Gegen-Sanktionen, die die Importe einzelner Lebensmittel aus der EU unter Verbot gestellt haben, können ein Beleg für Russlands Selbstdarstellung als Großmacht sein, die dem Westen auf Augenhöhe begegnet und nicht sein „Schüler“ ist, den man „bestraft“. Putins letzte Ansprache an die Föderale Versammlung enthält einen weiteren Hinweis auf die Weigerung des Westens, Russland als die dem Westen gleichgestellte Großmacht anzuerkennen. Die Krim sei nur ein guter Vorwand gewesen, die Sanktionen zu verhängen. Diese Instrumente kämen immer zum Einsatz, wenn jemand meint, Russland sei zu stark und unabhängig geworden (Putin 2014). Demnach gibt es Anzeichen, dass Russland und der Westen in einem „Statusdilemma“ stecken (Forsberg 2014: 324).

### *Diskussion*

Die dargelegten Ansätze zur sozialen Identität haben die Erklärung des Ukraine-Konflikts an einigen Punkten konkretisiert. Es ist erstens darauf hinzuweisen, dass sich in Russland sehr früh der Großmachtdiskurs durchsetzte, der dann eine selbstbestärkende Dynamik entfaltet hat. Dies leugnet zwar die realistische Argumentation nicht. Russlands Machtpotential hat mit den steigenden Ölpreisen in den 2000er Jahren stark zugenommen und einen harten Kurs in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014 ermöglicht. Dennoch hängen die außenpolitischen Ziele und das Verhalten der Staaten auch von ihrer Selbstwahrnehmung ab. Eine Großmacht beansprucht für sich automatisch ehrgeizigere Ziele und Interessen als eine „normale“ Macht: „Interessen setzen Identitäten voraus, denn ein Akteur kann nicht wissen, was er will, ohne zu wissen, wer er ist“ (Wendt 1999: 231).

Tatsächlich hat sich die außenpolitische Konzeption Russlands von 1993 zum Ziel gesetzt, eine Rolle Russlands in der Welt zu fördern, die dem Status einer Großmacht gerecht wird (Timofeev 2007: 40). Hier mussten sich die unter Kritik geratenen „Westernisierer“ dem Druck solcher Kräfte wie der politischen Bewegung „Bürgerunion“ (Grashdanskij sojus) beugen. Letztere hat im Januar 1993 eine eigene außenpolitische Konzeption beschlossen, die auf die Erreichung des Großmachtstatus in Eurasien abzielte (Tsygankov 2013: 69).

Diese Selbstdarstellung und der Frust gegenüber dem Westen, welcher Russland nicht als eine Großmacht, sondern als seinen „Schüler“ behandelt, haben darüber hinaus den konfrontativen Kurs bestärkt. Mit der Anerkennung von Südossetien und Abchasien hat es Russland dem Westen für die Sezession des Kosovo mit gleicher Münze heimgezahlt. Das umstrittene Referendum und die Einverleibung der Krim werden mit dem Verweis auf die

UNO-Charta und das Selbstbestimmungsrecht der Völker begründet, was so viel bedeutet, dass Russland, wie auch die USA und der Westen, zwischen zwei widersprüchlichen Auffassungen (Souveränität und territoriale Integrität gegen Selbstbestimmung und humanitäre Einmischung) eigenmächtig entscheiden kann.

Diese Annahme sollte nicht bedeuten, dass Russland in Georgien oder der Ukraine nicht strategisch gehandelt hat. Man kann dagegen sogar argumentieren, dass Selbstbestimmung als ein Deckmantel für geopolitische Interessen missbraucht wurde. Jedoch hätte sich Russland wahrscheinlich schwer getan, die Selbstbestimmung zu geopolitischen Zwecken zu instrumentalisieren, hätte die russische Führung nicht auf die „Präzedenzfälle“ verweisen können.

## **Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass verschiedenen Interpretationen und Schuldzuweisungen in der Ukraine-Krise unterschiedliche Ontologien zugrunde liegen. Zum einen neigen diejenigen Beobachter, die den Konflikt aus materialistischer Perspektive interpretieren dazu, den Westen zu kritisieren, weil die NATO- und EU-Osterweiterung und Demokratisierungsprozesse im postsowjetischen Raum berechtigte Ängste im Kreml verursacht haben, weil sie die Einflussosphäre des Westens auf Kosten Russlands ausdehnten. Die Kritiker Russlands verweisen zum anderen auf die bedeutende Rolle der russischen Identität, die nicht zwangsläufig von der westlichen Bedrohung geprägt, sondern durch psychologische und historisch-kulturelle Faktoren „konstruiert“ wurde. Das bereits 1993 gesetzte Ziel der Außenpolitik, in die internationale Staatengemeinschaft als Großmacht aufgenommen zu werden, dürfte damals den Keim des künftigen Konflikts gesät haben, als die NATO-Erweiterung noch in ihren Kinderschuhen steckte.

Gleichwohl wurde festgestellt, dass die Theorie der sozialen Identität die realistische Argumentation an einigen Punkten ergänzt, aber nicht gänzlich widerlegt. Die in der Einführung formulierte Frage lässt sich dann unter Einbezug von den beiden Konzepten wie folgt beantworten: Russland hat in der Ukraine (und auch in Georgien) völkerrechtswidrig gehandelt, weil sich der Westen in die von Russland beanspruchte Einflussosphäre einmischte. Zwar lässt sich über eine existenzielle Gefahr für die Sicherheit der russischen Nation durch die NATO und die EU wahrscheinlich nicht sprechen. Immerhin zeugt die Reaktion des Westens auf den Konflikt davon, dass die Einsätze in der Ukraine für Washington und Brüssel nicht so hoch sind. Im Kreml wird man jedoch nur zu gut verstehen, dass Russland und seine Integrationsprojekte für mögliche Kandidaten aus dem postsowjetischen Raum weniger attraktiv aussehen. Das Abdriften der früheren Satelliten widerspricht der russischen Selbstwahrnehmung als Großmacht und stellt Moskau vor die Realität, die es aus Prestige-Gründen nicht zu akzeptieren vermag.

Daraus ergibt sich, dass unterschiedliche ontologische Positionen durchaus miteinander kompatible Antworten geben können, anstatt einen „Grabenkrieg“ um die Deutungshoheit zu verursachen.

- I reflect -

Die Idee der Arbeit stammt aus der Zeit, als ich mich mit Alexander Wendt's „Social Theory of International Politics“ und der Agency-Structure-Diskussion aktiv auseinandergesetzt habe. Die Debatten über Ontologie machten mich aufmerksam auf das Problem der Theoriebildung, die immer in der Vereinfachung der „Realität“ besteht und die Entscheidung zwischen „wichtig“ und „unwichtig“ voraussetzt. Auf die Ukraine-Krise übertragen, erschien mir deshalb sehr nützlich und sogar unterhaltsam, nicht nach der Wahrheit zu suchen, sondern herauszufinden, was den in der Ukraine-Krise gegenüberstehenden „Wahrheiten“ über die Konfliktursachen zugrunde liegt.

Ivan Samolovov  
M.A. Politikwissenschaften, 3. Semester  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Contact: [ivan.samolovov@gmail.com](mailto:ivan.samolovov@gmail.com)

## References

- Arbatov, A., 1993. Russia's Foreign Policy Alternatives. In: *International Security*, 18 (2), 5-43.
- Arbatov, A., 1996. Eurasia Letter: A Russian-U.S. Security Agenda. In: *Foreign Policy* (104), 102-117.
- Baldwin, D., 1993. Neoliberalism, Neorealism, and World Politics. In: Baldwin, David (ed.). *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press, 3-28.
- Cimbala, S., 2008. Russian and US Missile Defenses: Continuing Contention or Possible Progress? In: *European Security*, 14 (4), 435-453.
- Clunan, A., 2014. Historical aspirations and the domestic politics of Russia's pursuit of international status. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 47 (3-4), 281-290.
- Dembinski, M. / Schmidt, H.-J. / Spanger, H.-J., 2014. *Einhegung: Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Dolgow, K., 2014. *Russlands Außenamt: Westen muss Einmischung in Ukraine ein Ende setzen*. Online:  
<http://de.sputniknews.com/politik/20140204/267762093.html>  
[10/03/15].
- Drezner, D., 1999. *The Sanctions Paradox. Economic Statecraft and International Relations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Forsberg, T., 2014. Status conflict between Russia and the West. Perceptions and emotional biases. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 47 (3-4), 323-331.
- Grieco, J., 1988. Anarchy and the limits of cooperation: a realist critique of the newest liberal institutionalism. In: *International Organization*, 42 (3), 485-507.
- Haglund, D., 1999. NATO's Expansion and European Security: After the Washington Summit - What Next? In: *European Security*, 8 (1), 1-15.
- Herz, J., 1950. Idealist Internationalism and the Security Dilemma. In: *World Politics*, 2 (2), 157-180.
- Ischinger, W., 2014. Baumängel am "gemeinsamen Haus". Warum die Anbindung Russlands an den Westen gescheitert ist. In: *Internationale Politik*, 69 (3), 19-21.
- Kaiser, K., 2001. NATO- und EU-Erweiterung nach Osten. Auswirkungen auf die Beziehungen zu Russland. In: *Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, 60, 187-205.
- Keohane, R., 1984. *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Kozyrev, A., 1992. Russia: A Chance for Survival. In: *Foreign Affairs*, 71 (2), 1-16.
- Larson, D. W. / Shevchenko, A., 2010. Status Seekers. Chinese and Russian Responses to U.S. Primacy. In: *International Security*, 34 (4), 63-95.



- Larson, D. W. / Shevchenko, A., 2014. Russia says no. Power, status, and emotions in foreign policy. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 47 (3-4), 269-279.
- Lewis, G. / Postol, T., 2007. *European Missile Defense. The Technological Basis of Russian Concerns*. Arms Control Association. Online: [http://www.armscontrol.org/act/2007\\_10/LewisPostol](http://www.armscontrol.org/act/2007_10/LewisPostol) [09/03/15].
- Lieven, A., 1995. Russian Opposition to NATO Expansion. In: *The World Today*, 51 (10), 196-199.
- Lukyanov, F., 2012. *Igra za prestiž*. Rossija v global'noj politike. Online: <http://www.globalaffairs.ru/redcol/Igra-za-prestizh-15611> [21/02/16].
- Lynch, C. *Russian Envoy Says Obama's Extremism Summit a "Mess"*. Foreign Policy. Online: <http://foreignpolicy.com/2015/02/19/russian-envoy-says-obamas-extremism-summit-a-mess/> [12/03/15].
- Mastanduno, M., 1997. Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War. In: *International Security*, 21 (4), 49-88.
- Mearsheimer, J., 2014. *The Tragedy of Great Power Politics*. 2nd ed. New York: W. W. Norton & Company, Inc.
- Mearsheimer, J., 2014. Why the Ukraine's Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin. In: *Foreign Affairs*, 93 (5), 77-89.
- Medwedew, D., 2008. *Koncepcija wnešnej politik Rossijskoj Federacii*. Online: <http://kremlin.ru/acts/785> [09/03/15].
- Medwedew, D., 2009. *Strategija nacional'noj besopasnosti Rossijskoj Federacii do 2020 goda*. Online: <http://www.scrf.gov.ru/documents/99.html> [09/03/15].
- Putin, W., 2000. *Koncepcija wnešnej politiki Rossijskoj Federacii*. Online: <http://www.mid.ru/Bl.nsf/arh/19DCF61BEFED61134325699C003B5FA3> [09/03/15].
- Putin, W., 2007. *Wistuplenije i diskussija na Mjunchenskoj konferencii po woprosam politiki besopasnosti*. Online: [http://archive.kremlin.ru/appears/2007/02/10/1737\\_type63374type63376type63377type63381type82634\\_118097.shtml](http://archive.kremlin.ru/appears/2007/02/10/1737_type63374type63376type63377type63381type82634_118097.shtml) [09/03/15].
- Putin, W., 2013. *Koncepcija wnešnej politiki Rossijskoj Federacii*. Online: [http://www.mid.ru/brp\\_4.nsf/0/6D84DDEDED6F7DA644257B160051BF7F](http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/6D84DDEDED6F7DA644257B160051BF7F) [10/03/15].
- Putin, W., 2014. *Poslanije Prezidenta Federal'nomu Sobraniju*. Online: <http://www.kremlin.ru/transcripts/47173> [24/03/14].
- Stockholm International Peace Research Institute, 2015. *SIPRI Military Expenditure Database*. Online: [http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex\\_database](http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database) [21/02/16].

- Thränert, O., 2011. *Das Raketenabwehrprojekt der NATO. Europäische Interessen und die Umsetzung eines ambitionierten Vorhabens*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Timofeev, I., 2007. Evoljucija vneshnepolitičeskoj identičnosti Rossii: konec postsovetskogo perioda? In: Busygina, Irina (ed.). *Identičnost' i suverenitet: novije podhodi k osmiseniju ponjatij*. Moskau: MGIMO-Universität, 34-56.
- Tsygankov, A., 2013. *Russia's Foreign Policy. Change and Continuity in National Identity*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Tsygankov, A., 2014. The Frustrating Partnership. Honor, Status, and Emotions in Russia's Discourses of the West. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 47 (3-4), 345-354.
- Tsyppkin, M., 2009. Russian politics, policy-making and American missile defense. In: *International Affairs*, 85 (4), 781-799.
- Walt, S., 1985. Alliance Formation and the Balance of World Power. In: *International Security*, 9 (4), 3-43.
- Walt, S., 1987. *The Origins of Alliances*. Ithaca: Cornell University Press.
- Waltz, K., 1959. *Man, the State and War. A Theoretical Analysis*. New York: Columbia University Press.
- Waltz, K., 1979. *Theory of International Politics*. Reading: Addison-Wesley.
- Wendt, A., 1999. *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

